

# Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 37

Donnerstag, den 10. September 1923.

4. Jahrgang

Verlags-Gesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H.  
Lodzer Straße Nr. 36. Geldsendungen und Ex-  
zentraten N. d. an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig  
S. Hoff, Oben-Lodzerstraße Nr. 112.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Abonnementpreis mit Zustellung 100) Wrt. vierteljährlich  
1. Deutschland R. M. 30. — Anzeigenpreis: für die sechs  
gebräuchlichsten Kleinzeile Nr. 10. — für Deutschland R. M. 10

## Kampfruf!

Von Werner Möller.

Und wollt ihr, Brüder, verzagen?  
Empor die Stirne und haltet Stand;  
Im Wettersturm, in den schwersten Tagen,  
Lafst hoch das herrlichste Banner ragen,  
Schlingt fester das Bruderband.

Und ragen wir einsam zur Stunde,  
Scheinen ein Häuflein wir klein und schwach,  
Gähnt auch die Finsternis rings in der Runde,  
Wir warfen den Anker in festem Grunde,  
Und einmal wird's doch, Tag!

## Minderheitenblock.

„Ich möchte sagen: erhaltet den Frieden,  
wenn es möglich ist; aber ich füge hinzu: Wider-  
stand, rascher, entschlossener, entschiedener Wider-  
stand gegen den ersten Angriff, seien die Folgen  
wie immer geartet.“

Sheridan.

Lange hat es gedauert. Man erwog die ver-  
schiedensten Möglichkeiten, man rechnete und  
spekulierte; galt es doch die 40 Proz. der Min-  
derheit auf irgend eine rechtlich unanfechtbare  
Weise um ihre gerechte Vertretung im Sejm zu  
bringen. Und endlich gelang das Kunststückchen.  
Vergnügt rieben sich all die Rechenkünstler die  
Hände: der Unterbau zu der berühmten „Tradi-  
tionellen Toleranz“ ward gelegt. „Wie im Pa-  
radise, so wird es sich allen unteren Volksminder-  
heiten leben“, schmunzelte man vergnügt. „Das  
von uns gebraute Tränklein, das da heißt:  
Neues Wahlgesetz — wird auf die Dauer allen  
den Russen, Juden, Deutschen und Ukrainern den  
Appetit an der Politik verderben. An den Fingern  
werden die Vertreter der Minderheiten im Sejm  
zu zählen sein. Was wollen sie auch im Sejm?  
Wir, die rechtmäßigen Bewohner dieses Landes,  
werden schon „väterlich“ für das Wohlergehen  
der Minderheiten Sorge tragen“ . . .

Die Rechnung ward jedoch ohne den Wirt ge-  
macht. Was alle Ueberredungskunst, jegliche Ge-  
meinschaft der völkischen Interessen, nicht voll-  
bringen konnten, das wurde nun auf die natür-  
lichste Weise und auf dem kürzesten Wege zur  
vollendeten Tatsache. Seit dem 17. August besteht  
im Freistaate Polen ein alle völkischen Minder-  
heiten umfassender Block, unter dessen Banner  
sich nun die Nichtpolen zur Zeit des Wahlkampfes  
scharen werden. Die kühnsten Hoffnungen  
knüpfen wir an diese mächtige Organisation, an  
diesen natürlichen Selbstschutz der völkischen Min-  
derheiten. Er soll die falschen Berechnungen der  
Feinde einer freien Entwicklung und einer ge-  
sicherten Daseinsmöglichkeit, die den im polnischen

Reiche so zahlreich vertretenen Fremdvölkern zu-  
kommt, kläglich zunichte machen; er soll beweisen,  
daß freie, entschiedene Männer sich nie und nimmer  
ihre durch Friedensverträge und Landesver-  
fassung verbrieften Rechte nehmen lassen.

Erleichtert atmeten tausende, um das Wohl  
ihres bedrohten Volksstammes besorgte Menschen-  
herzen auf. Der Kampf mit den herannahenden  
finstren Wasserwogen, die die äfters schwachen  
Bollwerke der eigenen lieben Volksgemeinschaft  
grimmig zu verschlingen drohten, ging ihnen über  
ihre Kräfte. Nun sind aber die in viele unan-  
sehnliche Felsen und Blöcke zersplitterten Volks-  
gemeinschaften zu einem mächtigen Granit-  
block fest zusammengeschweißt, an dem auch die  
stärksten und grimmigsten Wellen zerschellen  
werden.

Daß die Herren von der Wahlgeometrie darob  
tüchtig verschmupft sind, ist verständlich. „Wer  
jemandem eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“.

Die Gründung des Minderheitsblocks, der alle  
Nichtpolen in sich vereinigt, zugunsten dessen alle  
völkischen Minderheiten in Stadt und Land ihre  
Stimmen am Tage der Wahlen in den Sejm und  
Senat abgeben werden, ist gegenwärtig unser aller  
Morgenröte und Hoffnungsstrahl. Alle unsere  
Erwartungen und Zukunftssträume knüpfen sich  
an den Wahlsieg des Minderheitsblocks. Wird  
die Einmütigkeit und Geschlossenheit, wie wir sie  
uns heute von ganzem Herzen wünschen, unter  
den als völkische Minderheiten in Polen lebenden  
Wählern am Tage der Sejmwahlen klar und un-  
verdorren zum Ausdruck kommen. So sind uns  
mindestens 100 Sitze im Sejm sicher. Und  
dann wird man's erleben, wie die Parteien um  
die Gunst des Minderheitsblocks buhlen werden!  
Wie wird man in der aus dem Parlament her-  
vorgegangenen Regierung mit der Meinung der  
Führer des Minderheitsblocks rechnen. Mit einem  
Schlag werden wir zu den uns gebührenden Rech-  
ten gelangen, endlich wird man zur Durchführung  
der Gleichberechtigung schreiten!

Verlockend sind die Aussichten. Die Gegner  
werden darum vor keinem Mittel zurückschrecken,  
um den ihnen so verhassten Minderheitenblock zu  
spalten. An uns liegt es, ihnen dazu keine  
Handhabe zu geben. Die Millionen der völkischen  
Minderheiten werden wie ein Mann in den Wahl-  
kampf treten, um uns den Sieg zu erringen.

A. Breyer.

## Der Block der völkischen Minderheiten betont seine Kraft und Festigkeit.

In Anbetracht der in der Presse erschei-  
nenden widersprechenden Nachrichten über  
den Wahlblock der völkischen Minderheiten

gibt das Pressebüro des Zentralkomitees  
des Minderheitenblocks folgendes bekannt:

Der Block der völkischen Minderheiten  
entstand als unausbleibliche Folge der  
Wahlordnung, die dahin zielt, die den  
Minderheiten im Sinne der demokratischen  
Grundsätze zukommenden Mandatenzahl zu  
verringern.

Vor dem Entstehen dieses Blocks warn-  
ten die Vertreter der völkischen Minder-  
heiten von der Sejmtribüne aus, ehe die  
Wahlordnung zur Annahme gelangte.

Im Block sind die folgenden völkischen  
Minderheiten vertreten: 1. Weißrussen, 2.  
Deutsche, 3. Russen, 4. Ruthenen und 5.  
Juden. Der Block hat für die Zeit der  
Wahlen rein technischen Charakter.

Entgegen den ausgebreiteten Gerüchten,  
steht der Block ausschließlich auf dem  
Boden der polnischen Staatlich-  
keit; von einer Irredenta, wie dies  
einige Blätter darstellen, kann keine  
Rede sein.

Indem sich das Pressebüro auf den  
Bericht des weißrussischen Sekretariats be-  
ruft, widerlegt es die von einigen Blät-  
tern gebrachte Nachricht, als ob die dem  
Block beigetretenen Weißrussen nicht  
die weißrussische Bevölkerung repräsen-  
tieren, sondern eine für fremdes Geld  
erhaltene Gruppe der weißrussischen Intel-  
ligenz vorstellen.

Ebenso falsch ist die Nachricht, daß  
sich die sozialistischen Parteien der Min-  
derheiten vom Block abgewandt haben: die  
Ruthenen und Weißrussen vertreten alle  
ihre sozialistischen Gruppen; sie  
vertreten auch ihre ländliche Bevöl-  
kerung, was bereits durch die persön-  
liche Zusammensetzung der Zentralkomitees  
dieser Vertretungen bewiesen wird. Von  
seiten der Deutschen gehören dem Block  
die sozialistische Arbeitspartei in  
Lodz sowie die deutsche sozialdemo-  
kratische Partei in Bromberg an.

Zu dergleichen Nachrichten muß auch  
die von der bundistischen „Volkszeitung“  
lanzierte Nachricht über einen angebli-

den Protest der Juden gegen gewisse, angeblich dem Block angehörende Ukrainer-Petlurowzen, deren Hände mit jüdischem Blut besetzt sind, gezählt werden: weder gibt es einen ähnlichen Petlurowzen unter den Ukrainern, noch hat es überhaupt solch einen Protest gegeben.

Uebrigens wird das besonders angelegte Pressebüro des Blocks der völkischen Minderheiten der öffentlichen Meinung über den Block, seine Zusammensetzung und seine Tätigkeit erschöpfende Auskünfte unterbreiten.

### Gesetz und Wählerversammlungen

Die Veranstalter von Wählerversammlungen seien auf folgendes, für die Zeit der Wahlen gültige Gesetz, aufmerksam gemacht.

Art. 1. Sämtliche Versammlungen, die durch die Wähler bzw. die Abgeordneten kandidaten in der Wahlperiode, d. h. vom Tage der Ausschreibung der Wahlen an einberufen werden, bedürfen keiner Genehmigung der Verwaltungsbehörden.

Art. 2. Wählerversammlungen, die unter freiem Himmel auf öffentlichen Plätzen und Wegen abgehalten werden sollen, müssen durch die Person angemeldet werden, die die Versammlung einberuft, und zwar bei der zuständigen Verwaltungsbehörde der ersten Instanz oder bei dem nächsten Polizeiposten nicht später als 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung.

Art. 3. Die Anmeldung kann entweder schriftlich oder mündlich erfolgen und hat zu enthalten: 1. Vor- und Zunamen des Einberufenden, 2. die Erklärung, daß die Versammlung eine Vorwählerversammlung ist, 3. die Adresse des Einberufers. Die Behörde stellt unverzüglich eine Bescheinigung über die Anmeldung der Versammlung aus.

Art. 4. Die in Art. 3 erwähnten Anmeldungen und Bescheinigungen sind frei von sämtlichen Stempelgebühren.

Art. 5. Dieses Gesetz hindert keineswegs Versammlungen in geschlossenen Räumen, wobei der Hof und der Garten, der organisch ein geschlossenes Ganze mit dem Lokal bildet, als geschlossener Raum betrachtet wird.

Art. 6. Sämtliche bisherigen Bestimmungen, die diesem Gesetz zuwiderlaufen, verlieren ihre Gültigkeit.

Art. 7. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft, und mit seiner Ausführung wird der Minister des Innern beauftragt.

### Von den Wahlen.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentralkomitees in Lodz (Kowadowka 17) hat seine Tätigkeit bereits am 1. September aufgenommen. Das Bureau ist von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ununterbrochen tätig. Auskünfte werden täglich während der Empfangsstunden von 12-3 Uhr nachm. und von 6-8 Uhr abends erteilt.

Am 7. September findet eine Vollziehung des Minderheitenblocks zwecks Bestimmung der Mandatenzahl und der Reihenfolge, in der die Kandidaten der einzelnen Nationalitäten auf die allgemeine Liste aufgestellt werden sollen, statt.

Der „Robotnik“ schreibt: In Polen macht sich eine neue Bewegung bemerkbar. Wie Pilze nach dem Regen entstehen Parteien und bilden sich Blöcke. Die Parteisucht entsetzt und ver-

schwindet. Die Nationaldemokraten waren und sind nicht mehr. Die Nationale Volkspartei war und ist gleichfalls nicht mehr. Auf ihren Trümmern ist der Chazjednar (Chrześcijaniskie Zjednoczenie Narodowe; Christliche Nationale Vereinigung) entstanden. Er ist ein bankrottierter Händler, der einen schlüpfrigen Kredit, schmutzige Empfehlungen, hundert Proteste auf dem Kopfe hat, um die Gläubiger auf den Fersen zu haben, der Gerichtsvollzieher auf dem Hals und das Messer an der Gurgel sitzt, und der zur Rettung der Lage die Firma über Nacht auf den Namen seiner Frau überschreiben läßt. Der Chazjednar glaubt, daß das für die Wahlen verausgabte Geld nicht verloren ist, wie manche annehmen. Tatsächlich wird sich das für die Wahlen verausgabte Kapital bei einem günstigen Ausgang derselben recht gut verhalten. Das ist ein ebenso gutes Geschäft wie Wucher, Schwaugel und Kettenhandel. Wenn die Wahlen dem Chazjednar Erfolg bringen sollten, so werden Wucher, Schwaugel und Kettenhandel kraftlos ausgehen, da sie legalisiert sein werden.

Der Vorsitzende des Bezirksgerichts Tadeusz Rawieński erhielt vom Generalwahlkommissar eine Drucksache des Inhalts, daß im Wahlkalender folgende Veränderungen eintreten: Die Wählung der Bezirkskandidatenlisten (Art. 44) ist am 6. und nicht am 8. Oktober stattfinden; die Abgabe von Erklärungen durch Bevollmächtigte der Bezirkskandidatenlisten über den Anschluß der Bezirksliste an die Reichswahlliste (Art. 57, Abschn. 1 und 2) wurde vom 16. Oktober auf den 14. Oktober verlegt.

Mit Rücksicht darauf, daß an einigen Orten die Plakate mit der Bekanntmachung über die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke abgerissen wurden, befahl der Polizeikommandant die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Gleichzeitig erinnerte der Polizeikommandant daran, daß im Sinne des Art. 4 alle, die eine Vorwählerversammlung gewaltsam verhindern wollen, die Verordnungen der Behörden nicht beachten, die für die Versammlung bestimmten Räumlichkeiten beschädigen oder künstlich die Luft verunreinigen, mit Gefängnis von 1 bis 3 Jahren bestraft werden können. Gemäß einer Aufforderung des Stadtrats sandten die Klubs Berufsverbände und Vereine der Kanzlei des Stadtrates eine Liste mit 800 Namen von Kandidaten für die Wahlkreis-Kommissionen ein. Die Aufsicht über die Vorwählerarbeiten vertraute Präsident Rykowski dem Vize-Präsidenten Dr. S. Stupnicki an, der seitens des Magistrats an den Vorwählerarbeiten teilnimmt.

Die „Gazeta Robotnicza“ in Kaitowicz äußert sich über den Minderheitsblock folgendermaßen.

Die polnische Reaktion gedachte durch die Wahlordnung den Volksminderheiten den Weg zum Sejm zu verrammeln. Und was geschah? Die Volksminderheiten: Juden, Deutsche, Litauer, Weißrussen und Ukrainer bildeten einen eigenen Wahlblock, der ihnen die Möglichkeit geben kann, 80 Mandate im Sejm zu erlangen. Heute fordern die Nationaldemokraten, daß man diesem Minderheitsblock einen nationalen Block gegenüberstellen müsse. Diese Stellungnahme bedeutet für die Nationaldemokraten, die die Volksminderheiten bisher ärger als die Tschechen behandelt haben, das Eingeständnis ihrer Scham. Jetzt geben sie zu, daß sich in Polen 30 Prozent Volksminderheiten befinden, die unter normalen Bedingungen 150 Abgeordnetenmandate für den polnischen Sejm erringen können. Im polnischen Sejm werden wir nun ein Schauspiel erleben, das dem im tschechischen Parlament üblichen gleichen dürfte.

Die Rechte ist mit ihrer Bitterkeit zu weit

gegangen. Alles wurde auf eine Karte gesetzt. Nach genauer Prüfung der Sachlage hat sich jedoch herausgestellt, daß anstatt einer polnischen Mehrheit im Sejm sich ein Block der fremden Völkerschaften gebildet hat, denen die brutale Politik der Nationaldemokraten Gelegenheit gab, Polen den offenen Kampf anzuländigen.

### Gottentottenpolitik.

„Uderz w stół, a nożycie się odzwą?“

Raum war es den Gottentotten gelungen, die Wiederherstellung der staatsrechtlichen Selbständigkeit des Gottentottenlandes zu erwirken, so richtete sich ihr ganzes Dichten und Trachten auf die Herstellung eines einheitlichen Nationalstaates in den Ländern, welche ihrer politischen Führung anheimgegeben wurden. Ihr Entschluß stand fest, dem polyzotenen Staatswesen ausschließlich das Gepräge gottentottischer Sonderart aufzudrücken. Das war freilich nicht ohne Verletzung der Rechte der anderen Nationen durchzuführen. Aber daraus machte sich der Gottentotte nichts, denn das Gefühl der Alleinberechtigung und Selbstherrlichkeit, das ist die abelsollgarische Tradition, war so vorwiegend in ihm, wurde seit Jahrhunderten so eifrig kultiviert, daß daneben der staatsbürgerliche Billigkeits Sinn keinen Platz fand. Nur das tatsächliche Geschick, durch welches sich die Gottentotten in politischen Nachfragen auszeichnen, veranlaßte sie, gewisse Clappen der Rechtsverkümmernung innezuhalten. Dieses nationaljeuitische System läßt sich leicht durchschauen. Ein Grundgesetz wird aufgestellt, das scheinbar die Gleichberechtigung proklamiert, doch bereits eine verschiedenartige Deutung der allgemein gehaltenen Sätze zuläßt. Man folgen Durchführungsgeetze, welche die Fäden weiter krümmen, die fremden Stämme in Nachteil setzen. Und schließlich kommen die Verordnungen, die willkürlichen Ordennamen des Ministers, welche Grundätze und positive Gesetzesbestimmungen völlig beiseite schieben. Nirgends tritt uns diese etappenweise Rechtsverkümmernung so deutlich entgegen als auf den Schleichpfaden der gottentottischen Gesetzgebung und Verwaltung, von welchen aus die sprachliche Assimilation der anderen Nationalitäten vollzogen werden soll. Diese Nationalisierungsgräube ist wirklich kunstvoll, sie erinnert jedoch nur zu sehr an mittelalterliche Instrumente, durch welche man dem Deliquenten die gewünschten Geständnisse erpreßte. Der Gottentott, persönlich einer der liebenswürdigsten, gütigsten Menschen, ist nun ungastlich gegen die fremden Volksseelen. Er besetzt in dem von ihm angeblich nach konstitutionellen Prinzipien geleiteten Lande die Loge des brauen Hausvaters, der so lange gutmütig und ungelaut bleibt, solange man ihm unbedingt zustimmt.

Da der gottentottische Stamm größer werden soll, gilt es, die anderen Nationalitäten zuerst sprachlich einzuschmelzen, und dies geschieht durch die stoffierte Methode. Freilich begnügte man sich nicht das Gottentottische einfach zur Staatsprache zu erklären, sondern stellte sich als neuer Archimedes außerhalb des wirklichen Gottentottenlandes und dekretierte: „Da vermöge der politischen Einheit der Nation die Staatsprache die gottentottische ist.“

Später erfolgte die Verstaatlichung der lokalen Rechtspflege, und heute erscheint mithin das ganze Justizwesen nur mehr in gottentottischer Troga, gleichviel, ob der Rechtsuchende das herrschende Idiom versteht oder nicht. Die Durchführung hebt außerdem noch die letzten Reste der sprachlichen Gleichberechtigung im Rechtsleben auf. Auch hier herrscht der Sprachenzwang. Allein Amt und Gericht können die äußere nationale Entfaltung hemmen, nie den innersten Kern eines Volkes

... die meisten wirksamsten Mittel gebracht werden. Dann sehen die Verwirklichung der Zusammengehörigkeit, die „Sprachentwicklung“ in den Schulen und der nationale Terrorismus. Alle diese Mittel haben die Hottentotten gegenüber den andern Volkshämmen im Hottentottenlande, besonders gegenüber den Deutschen, in Anwendung gebracht

O, Vater! Wenn Du auch nicht gerade ein Staatsanwalt, oder ein Zensor im Hottentottenlande bist, so brauchst Du dich doch nicht gegen den verbrecherisch verurteilten Staatsfeind, der diese Reiben geschrieben hat, empört zu fühlen. Denn diese Reiben sind teilweise nicht gegen das Hottentottenvolk Afrikas gerichtet, sondern gegen ein ganz anderes Volk: gegen ein Christenvolk, gegen die gemeine Politik eines Staates, der im Herzen Europas gelegen ist. Und wer es nicht glaubt der soll sich die Nr. 2308 der Reflamschen Unterbibliothek kaufen und dort auf den Seiten 80—83 nachlesen.\*)

Dr. E. v. Behrens.

### Traditionelle Toleranz.

Drei Lehrer, die das Lodzer Staatsseminar absolviert haben kamen auf den Einfall, in Bromberg eine Art Stellung zu suchen. Als sie sich dem Schulkurator in Bromberg vorstellten, war dieser darüber sichtlich erfreut: Absolventen eines staatlichen Seminars? Sehr gut! Sie beherrschen ja ein labellofes Polnisch, ausgezeichnet! Solche Leute brauchen wir gerade. Eine Unmasse von Schulen können ihre Tätigkeit nicht entfalten, da wir keine entsprechenden Lehrer ausfindig machen können. Hoffentlich sind Sie Katholiken, meine Herren? „Nein, Herr Kurator, wir sind polnische Bürger evangelischer Konfession“. So... Dann tut es mir leid, meine Herren! Auf Wiedersehen!

Die drei Pädagogen fuhren nun nach Oberschlesien ihr Glück zu versuchen. In Myslowitz, dem Sitz des schlesischen Schulkurators, wurden sie noch lieberswürdiger empfangen als in Bromberg.

„Der Mangel an Volksschullehrern ist bei uns einfach haarsträubend! Noch heute werden sie, meine Herren, eingekloppt! Es freut mich ganz besonders, keine Galizier, sondern brave Kongreßpolen bei mir anzustellen. Ich bin ja selber ein Kongreßpol. Al's willkommen! Zuvor noch eine kleine Formalität: Begeben Sie sich, bitte, in die Kanzlei und unterschreiben Sie dort die Verpflchtung, als gute polnische Bürger in recht polnischem Sinne das Deutschtum hierzulande stets zu bekämpfen. Das ist die Hauptsache“.

Die armen drei Lodzer Pädagogen erwiesen sich jedoch als „schlechte“ Polen. Sie schüttelten den Staub von ihren Füßen und kehrten nach Hause zurück.

### Der Volkstag der Deutschen Galiziens.

Nach vier Jahren traten am 20. d. M. zum erstenmale die Vertreter der Deutschen Galiziens wieder zusammen, um darüber zu beraten, wie in Zukunft einmütig zu handeln sei, um die heiligsten Güter eines Volkes, Muttersprache und Vaterland, Schule und Kirche, deutsch zu erhalten. Es war für alle ein erhebender Tag, der das Gefühl erweckte, der deutsche Stamm Galiziens, und sei er auch noch so bedroht, sei in seinem inneren Kern, seinem ganzen Wesen nach noch so deutsch, wie es die vor 150 Jahren hieher gekom-

\*) „Vergessene Deutsche Brüder“ (im ungarischen Siebenbürgen) von Karl Pröll. Es handelt sich um die Politik des 1849—1918 als freier Großstaat bestehenden und jetzt schmachvoll in Trümmer zerfallenen Ungarns.

menen Väter waren, und werde es auch in Zukunft bleiben.

Der vor 15 Jahren von treuer Hand gesäte Samen ist auf fruchtbaren Boden gefallen und hat reichliche Früchte getragen.

Trotzdem die Wiederaufnahme der völkischen Arbeit erst vor wenigen Monaten erfolgte, so waren doch dem Rufe der Bundesleitung Vertreter aus 51 Ortschaften gefolgt und waren herbeigeeilt, um wieder einmal im Kreise von Stammesbrüdern einige Stunden zu verweilen, um denen die Hand zu drücken, die gleich ihnen Herz und Sinn für ihr angestammtes Volkstum sich bewahrt haben.

Katholiken und Protestanten waren einig im Bekenntnis, waren eines Willens, mit ganzer Kraft für die Erhaltung ihres Volkstums einzutreten.

Große Freude bereitete allen die Anwesenheit zahlreicher Vertreter anderer deutscher Verbände aus Polen, der deutschgalizischen Hochschüler, die in der Fremde studieren, und der anderen deutschen Vereine unseres Landes.

Tiefen Eindruck und herzliche Ergriffenheit erweckten die Ansprachen dieser Vertreter. Sie zeigten unseren Volksgenossen, daß sie nicht allein im Kampfe um ihr Volkstum stehen, daß unsere Stammesbrüder allüberall, auch über die Grenzen unseres Heimatlandes hinaus, mit uns mitfühlen und eines Sinnes sind. Daß der gleiche Druck auf Millionen von Deutschen in allen Ländern lastet, daß aber alle gewillt sind, die größten Opfer für ihr Volk zu bringen.

Die feierliche Stimmung, die die Töne des vom gemischten Chor vorgelegenen Liedes „Freiheit, die ich meine“ erweckte, hielt während der vielen Stunden währenden Beratung an. Die Ansprachen und Wechselfreden waren von einem Geiste erfüllt, der uns die Einmütigkeit und Entschlossenheit aller, auch das Letzte für sein Volk herzugeben, so recht vor Augen führte. Dies brachten auch die angenommenen Entschlüsse zum Ausdruck.

Welche Wege der Bund und seine Ortsgruppen bei ihrer Arbeit einzuschlagen haben, wurde reichlich erwogen, welche Mittel aufzubringen sind und aufgebracht werden müssen, wurde eingehend erörtert.

Mehr als 700 Volksgenossen aus Stadt und Land nahmen an den Verhandlungen teil. Alle Kreise unserer Bevölkerung waren vertreten. Unser Landmann konnte sehen, daß die Deutschen der Stadt doch noch nicht alle ihr Volkstum verleugnen, daß eine recht stattliche Anzahl gewillt ist, Hand in Hand mit ihm den Weg in die Zukunft zu schreiten.

Der Erhaltung und Förderung unserer deutschen Volks- und Mittelschulen war ein großer Teil der Verhandlungen gewidmet. Es zeigte sich, daß gerade die kleinsten Gemeinden die größten Opfer bringen und weiter zu bringen bereit sind. Auch hierbei wurde wieder der Beweis erbracht, daß Notlage und Sorge das Herz empfänglicher und die Hand offener machen, Wohlstand und Wohlergehen aber der beste Boden für das Gedeihen der Selbstsucht sind.

Nach siebenstündiger Beratung ging man daran, die Versammlung zu schließen, nicht ohne vorher noch den Gründern des „Bundes“, Herrn Oberlehrer Josef Schmidt, jetzt in Einsiedel bei Marienbad und Oberpolizeirat Paul Neubeck, jetzt in Wien, den Dank für ihre treue Arbeit für das Deutschtum unseres Landes dadurch abzustatten, daß sie zu Ehrenmitgliedern einstimmig ernannt wurden. Dieselbe Ehrung wurde auch dem Universitätsprofessor Dr. Raimund Friedrich Kaindl, früher Czernowitz, jetzt Graz, dafür zuteil, daß er sich in seiner wissenschaftlichen und völkischen Arbeit um das Deutschtum im Osten große Verdienste erworben hat und auch während des Krieges eine erfolgreiche und segensbringende Fürsorgearbeit für die deutschen galizischen Kriegsflüchtlinge leistete.

Tiefe Befriedigung über den Verlauf der Tagung fühlten wohl alle Teilnehmer, als der Vorsitzende, Bundesobmann Dr. Ludwig Schneider nach Absingung des Liedes „Wenn alle untreu werden“ um 1,8 Uhr abends die Versammlung schloß.

Der Tag der 15. Hauptversammlung wird sicherlich ein neuer Markstein in der Geschichte unseres deutschgalizischen Volkes sein. Die Folgen der bisher vom Bunde geleisteten Arbeit, der bisher stetig und treu ausgekreute Same muß in den Herzen unserer wackeren Volksgenossen vielfältige Frucht zeugen. Daß das Bewußtsein, daß nur der enge Zusammenschluß aller, nur größte Opferwilligkeit und treue Zusammenarbeit uns in der Zukunft in der Erhaltung und Abwehr erfolgreich machen kann, allen Teilnehmern der Tagung in Herz und Hirn sich eingegraben hat, ist sicher.

Wenn wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen, so hoffen wir über ein gut Stück geleisteter Arbeit berichten und Heerschau über eine noch größere Zahl von völkischen Mitstreitern halten zu können.

Ekmar,

„Oideutsches Volksblatt“.

### Unsere Kolonien.

#### II.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts, also um das Jahr 1700 setzt eine kraftvolle deutsche Einwanderung ein. Die Großgrundbesitzer von Masowien sahen ein, welche große Erfolge ihre Standesgenossen in Großpolen durch die Ansiedelung deutscher Kolonisten erzielt hatten. Überall, wo deutsche Bauern hinkamen, verbesserte sich die Landwirtschaft. Gemüsebau begann. Obstbäume wurden gepflanzt und bessere Viehzucht wurde getrieben. Durch freie Religionsübung, Hilfe bei der Einrichtung von Schulen und Andachtsstätten lockten sie deutsche Einwanderer ins Land. Eine der ältesten Ansiedelungen scheint Bogpomoz an der Weichsel zu sein, die um das Jahr 1703 von Einwanderern aus Thorn, Graudenz und Bromberg gegründet wurde. Dann folgt Rybitwy, Gnojno, Brzezno. Auch im Kreise Rypin entstand zu jener Zeit eine Reihe von deutschen Ansiedlungen. So wurde im Jahre 1719 in Tomaszewo eine Schule gegründet, in Kierz 1720, in Jeziorki 1725, in Zojenko, Głowinsk und Obory 1730 und in Somstary 1750. Die Gründer waren aus Großpolen vertriebene ev. Deutsche. Dann folgten die Dörfer in der Parochie Michalki Lipno, Ossuwka. Hier seien ganz besonders die Dörfer Morgowo, Skrzypkowo, Jackowo (Schönwald) Bartoszewo erwähnt, über deren Gründung und Bestehen sehr ausführliche Aktenstücke bei Schulzen in Morgowo vorhanden sind. Die Gründer werden in den Akten holländischer genannt. Dann folgen die Dörfer am Weichselstrande (Niedrung) bis nach Warschau hinaus. Siedende Einwanderer gründeten in Leonberg bei Gombin eine große Schwabekolonie. Im Jahre 1782 gründeten deutsche Tuchmacher auf der sandigen Halbinsel zwischen Weichsel und Narew die Stadt Neuhoft (Nowodwór) und nebenbei entstanden die Kolonien Wiefendorf, Skierdy, Reiszewo und Modlin, die wiederholt durch Kriege verwüstet worden sind.

Auch an vielen andern Orten wurden deutsch. Kolonien gegründet, und es würde viel zu weit führen, auch nur annähernd über sie zu berichten. Jedes Dorf hat seine eigene umfangreiche Geschichte, und es ist Pflicht der Herren Lehrer und Kantoren, dahin zu arbeiten, daß jedes Dorf eine genaue Aufzeichnung seiner geschichtlichen Vergangenheit besitze und die noch vorhandenen Aktenstücke möglichst vor dem Untergange zu bewahren. Erwähnt seien noch die Siedlungen um Łódz. Da kommen Neu-Sulzfeld (Nowosolna), Grünbad, Königsbad (Bukowiec), Grünberg (Zielona

Gura), Wilhelmswald (Borowo) in Frage. Ferner die Kolonien Maxymow, Lipianki, Wikno, Ciosny u. a. in der Nähe von Tomaszow. Es genügt darauf hinzuweisen, daß in den Jahren 1793 bis 1807, als Deutschland Kongresspolen besetzt hielt, zu den Kirchspielen Warschau und Wengrow elf neue hinzukamen, u. z. Lublin, Nowydwur, Slow, Kalisch, Stawischin, Grodziec, Wladyslawow, Petrikau, Babiak, Lipno und Michalki. So weit hatte sich in einem Jahrhundert die Kolonisation entwickelt.

Ueber die Zustände, die zu jener Zeit im Lande herrschten, lesen wir im Bericht aus dem Jahre 1793: „Die Nahrungsmittel der Landesbewohner bestehen größtenteils aus Suppe von Brot und Kleie und aus Kapusta (Sauerkohl). In der gemeinsamen Stube steht beständig ein faß Kapusta, das einen abscheulichen Gestank verbreitet. Dieser wird noch dadurch vermehrt, daß alles Federvieh des Nachts auf Brettern über dem Steinofen sitzt und diesen stets beschmutzt. Die meisten Einwohner entkleiden sich nie. Der gemeine Pole kennt keinen Kamm, daher er unbeschreiblich viel Ungeziefer nährt. Gewaschen und gekämmt wird nie. Die Kinder gehen meist nackend. Der Bauer geht, wenn er in die Stadt kommt, mit seiner Familie zur Messe, betet mit einer wahren Heiligkeit seinen Rosenkranz und kniet nicht nur dabei, sondern wirft sich oft auf den Erdboden und küßt ihn, laßt sich aber auch mitunter und wirft dann das reichlich erhaschle Ungeziefer um sich, daher man neben ihm in Gefahr ist, bevölkert zu werden. Nachdem er so seinem Gott und Geistlichen eine halbe Stunde gedient hat, geht er mit seiner Familie ins Wirtshaus. Hier verkauft er alles gelöste Geld in Branntwein, tanzt dann mit seiner Gattin durch die Straßen und so nach Hause, wenn er nicht zuviel gefressen hat.“

Die Zeit der Napoleonkriege um das Jahr 1812 brachte den Einwanderern so manche trüben Tage. Sie wurden durch Einquartierungen und Requisitionen schwer heimge sucht; immer wieder zur Stellung von Fuhrwerken herangezogen und nicht selten von der Ortsbevölkerung belästigt. So wurde z. B. in der Gemeinde Lipno die Kirche von den Franzosen als Intendanturmagazin belegt und das Pfarrarchiv mit seinen für die Kolonisten wertvollen Papieren vernichtet, während die Bewohner der Stadt Neuhof (Nowydwur) und der umliegenden Kolonien infolge der Belagerung der Festung Modlin auseinandergetrieben wurden und sich erst wieder nach vielen Jahren sammeln und ausrichten konnten. Es scheint aber, daß die Einwanderung der Kolonisten nach Kongresspolen zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht hat. Die folgenden Jahrzehnte weisen noch bedeutende Einwanderungen auf, aber sie gelten schon mehr den Anfängen der Industrieschöpfungen und Städten. Die inneren Verhältnisse gestalteten sich immer günstiger, und die überflüssige Bevölkerung wurde durch die großen Siedlungspläne in den Ostmarken (Posen, West- und Ostpreußen) in Anspruch genommen. Die politischen Verhältnisse in Kongresspolen gestalteten sich, trotz der Aufhebung der Leibeigenschaft um das Jahr 1863 für die Kolonisten immer ungünstiger. Sie wurden zur Zeit der Aufstände in den Jahren 1830 und 1863 vielfach überfallen und angefeindet, so daß ganze Kolonien nach Woiwynien und Rußland auswanderten. Die zwangsweise Einführung der russischen Sprache in die Schulen hatte eine vollkommen geistige Verarmung der Kolonisten zur Folge und man kann heute den Kolonisten aus Polen mit seinen Berufsgenossen aus Posen und Pommern nicht mehr vergleichen. Es gibt heute schon deutsche Ansiedlungen bei uns in Polen, die in vieler Hinsicht hinter den polnischen weit zurückstehen. Ganz besonders ist der Fall im politischen Denken

und in der Einigkeit zum Schutze ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit gegeben.

Einige Jahrzehnte vor dem Kriege begannen die polnischen Zeitungen Verleumdungen und politische Verdächtigungen über die Deutschen in Polen zu bringen. Ganz besonders war es der Fall nach dem Jahre 1908, als die deutsche Regierung die systematische Verdrängung der Polen aus Posen und Pommern anordnete. Die Niederlagen der russischen Armeen in Polen zu Beginn des großen Weltkrieges wurde dem angeblichen Spionagedienst der deutschen Bevölkerung Polens zugeschrieben. Die Folgen dieser Verleumdung waren für einen großen Teile dieser Bevölkerung furchtbar. Ganze Familien, Dörfer und Gemeinden wurden im eiskalten Februar des Jahres 1915 gewaltsam gezwungen, Haus und Hof zu verlassen und nach Rußland in die Verbannung zu gehen. Viele starben in der Kälte auf den Bahnhöfen und in den ungeheizten Eisenbahnwagen, und es gibt faßt keine Familie, die nach der Rückkehr nicht Tote in Rußland zu beklagen hätte. Wer das Glück hatte, früher zurückzukommen, hat noch Gelegenheit gehabt, die verwüsteten Grundstücke einigermaßen zu bebauen. Die aber heute kommen, sehen einer traurigen Zukunft entgegen.

Wenn wir unsere Kolonien nach der Herkunft der Einwanderer betrachten, so gibt es keine Provinz in Deutschland, die nicht Ansiedler nach Polen gesandt hätte. Aus Württemberg, Baden, Elsaß, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Thüringen kamen Ansiedlungsscharen in das polnische Land. Nur Einzelne unter ihnen sind vorhanden, die sich noch ihrer früheren Heimat entsinnen können, aber Hunderte und Tausende, die sich ihrer Abstammung schämen und ihr Volkstum verleugnen.

Die Gründe, die unsere Vorfahren bewogen, nach Polen zu kommen, waren verschieden. In vielen Fällen war es religiöse Verfolgung zur Zeit der Reformation; in andern, und ganz besonders während des 30jährigen Krieges, Unbeständigkeit und Kriegsschrecken, und abermals, günstige Ansiedlungsbedingungen. Wir dürfen nicht vergessen, daß es vor hundert, zweihundert Jahren in Deutschland anders aussah als heute. Es gab dort Zeiten, wo es in Polen viel besser als in Deutschland war.

Die Bedingungen, unter denen sich die Kolonisten ansiedelten, waren verschieden. Sie beruhten aber grundsätzlich alle auf vollkommener persönlicher Freiheit dem Gutsbesitzer gegenüber und voller Glaubens und Gewissensfreiheit der katholischen Kirche gegenüber. Es sind sogar Beispiele vorhanden, wo die katholische Geistlichkeit eoangelische Kolonisten unter Zusage voller Glaubensfreiheit auf ihren Gütern ansiedelte. Man schloß mit dem Gutsbesitzer einen Vertrag, erfüllte die im Vertrage vorgesehenen Pflichten und war anderseitig frei. Solche Rechtstage verschaffte ihnen in den Augen der in der Leibeigenschaft schmachtenden polnischen Bevölkerung Ansehen und die Gutsherren brachten ihnen Achtung entgegen. Die Verträge, die mit den Gutsherren geschlossen wurden, kann man nach dem heutigen Begriff Erbpacht nennen. Sie wurden auf die Dauer von 12 bis 40 Jahren geschlossen. Nach Ablauf der festgesetzten Frist blieb es dem Ansiedler überlassen, weiterzubleiben oder unter Hinterlassung der Wirtschaftsgebäude fortzuziehen. Wollte er weiter bleiben, so zahlte er an den Gutsbesitzer den „Gottespfennig“, das heißt, den doppelten Betrag der Jahresabgabe, und der Vertrag bestand weiter. Es war aber jedem Ansiedler überlassen, auch vor Ablauf der Frist fortzuziehen, sobald er einen Erbsmann für sich gefunden hatte. Im Vertrage verpflichtete sich der Ansiedler, nach Verlauf von 5

bis 7 Jahren jährlich einen Pachtzins an seinen Gutsherrn zu zahlen. An manchen Orten war es Getreide, Obst und Geflügel, an andern eine bestimmte Zahl von Arbeitstagen in der Ernte und zur Saatzeit, seltener Fuhrwerkelektion und noch seltener Geld. Die meisten Verträge enthielten nebenbei noch die Bedingung, daß ex. Kolonisten kirchliche Handlungen, wie Taufen, Trauungen in der kath. Kirche vollziehen mußten. Sie waren verpflichtet, dafür den kath. Geistlichen zu entschädigen. So zahlte z. B. die Kolonie Bogomoz, Kreis Lipno, jährlich 7 Korzec Hafer, 7 Zentner Heu 8 Pfund trockenen Käse, 28 Pfund Butter, 7 Hühner und eine Gans. Das Land, das den Kolonisten angewiesen wurde, war gewöhnlich eine an Sümpfen, Flüssen und Seen gelegene für die polnischen Bauern wenig begehrte Waldung, oder niedriges Gestrüpp. Es ist dadurch leicht begreiflich, daß die alten deutschen Kolonien an Sümpfen oder Wiesen gelegen sind, und die leicht überschwemmbar Ufer der Weichsel fast ausschließlich von deutschen Kolonisten bewohnt werden. Sie erhielten Land zur Anlage eines Friedhofes und zum Aufbau einer Schule. War kein Holz vorhanden, so erhielten sie auch Holz zum Aufbau der Wirtschaftsgebäude und der Schule. Die Vorteile der Gutsbesitzer bei der Heranziehung der deutschen Bauern lagen darin, daß sie ruhigen und strebsamen Leuten fast ganz unbrauchbare, abgelegene Ländereien zur Urbarmachung anvertrauen konnten und nicht nur Abgaben dafür erhielten, sondern auch nicht ganz die Hoffnung verloren, nach Ausblühen der Kolonien dieselben durch Kontraktbruch an sich zu reißen. Diese traurige Tatsache ist leider viel zu oft vorgekommen. Sie zieht sich gleich einem roten Faden durch die ganze Geschichte der Kolonisation in Polen, besteht unter veränderter Form auch heute noch, und die Zeit kann niemand voraussagen, wann sie aufhören wird, das Denken des polnischen Volkes zu belästigen. Bewundernswert ist die Ausdauer und das zähe Festhalten unserer Vorfahren an der polnischen Scholle (Erde). Die Fälle aus der Kolonie Okup bei Lask und des Dorfes Morgowo, Kr. Lipno, können als Beispiel dienen. Sie wanderten aber sofort ab, sobald Gefahr vorhanden war, ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verlieren.

Wenn wir zum Schluß die flüchtig gestreiften Hauptmomente aus unserer geschichtlichen Vergangenheit im Lichte der Gegenwart betrachten, so steht fest, daß wir keine schädlichen Eindringlinge in Polen sind. Unsere Siedlungen und Dörfer sind die Folge einer friedlichen, gewünschten, veranlaßten Einwanderung, die den Zweck verfolgte, den unfruchtbaren Boden Polens urbar zu machen und den Wohlstand des Landes zu heben. Dieser an uns gestellten Anforderung sind wir nach bestem Wissen und Können nachgekommen, und die blühenden Kolonien an Stelle der uns angewiesenen Waldungen und Moräste sind Zeuge unseres Fleißes und Könnens. Treu und ohne Wanken sind wir durch die verschiedensten politischen Strömungen dieses Landes gegangen und haben den Beweis erbracht, daß wir ein bodenständiges und landestreu Volk sind, auf das man in der Stunde der Gefahr rechnen kann. Wir haben es auch verstanden, die geistigen Güter unserer Vorfahren, unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit, unsere Schulen und Kirchen zu erhalten, ohne der andersgläubigen Mehrheit des polnischen Volkes zu schaden. Deshalb verlangen wir auf Grund dieser unserer geschichtlichen Vergangenheit die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten und wir werden nicht ruhen, bis wir sie erreicht haben.

## Troftreiche Zustände.

Am 16. August 1922 traten zum Baptismus in Reischew, Kirchspiel Neuhof (Nowy Dwór) bei Warschau etwa 300 Personen über, meistens Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Alle diese Personen wurden in der Weichsel durch Untertauchen getauft.

Das Kirchspiel Neuhof (Nowy Dwór) administriert Pastor Michelis. Dieser hat es nicht für gut befunden, dorthin zu gehen und die Jugend aufzuklären. Nur einmal war er dagewesen, doch ankam mit Liebe diese verwirrten Menschen in der heiligen Schrift zu unterweisen, trat dieser Herr Pastor mit Grobheit auf, nannte einen Jüngling von 19 Jahren, namens Mielke, der sich am meisten für die heilige Schrift interessierte, einen gemeinen Jungen, schrie, man möge ihn fortjagen, was auch von Herrn Eduard Scheerling, wohnhaft daselbst, des Friedens halber gemacht wurde. Bezeichnend ist es, daß sich dieser Jüngling trotzdem an diesem Tage nicht hat taufen lassen. Es wäre wert zu erfahren, was wohl Herr Pastor Michelis mehr schätzt, entweder unter diesen Menschen als Seelsorger zu wirken, oder weiter in seinem geliebten „Evangelischen Wochenblatt“ gegen deutsche Glaubensgenossen zu hetzen.

Wie mir Herr Lehrer B. aus Neu-Brudno erzählte, soll Herr Generalsuperintendent dem Prediger aus der Brüdergemeinde, Herrn Arenstat, schriftlich verboten haben, in den Bethäusern religiöse Versammlungen abzuhalten, nur in Privatwohnungen, bei einer kleinen Zahl von Gläubigen sei es ihm gestattet.

Warum verbietet Herr Pastor Bursche dem Prediger der Brüdergemeinde in den Bethäusern religiöse Versammlungen abzuhalten, wo doch die Brüdergemeinde garnicht gegen die lutherische Kirche arbeitet?

Warum verbietet Herr Generalsuperintendent nicht den Baptisten und anderen Sektierern in lutherischen Gemeinden zu arbeiten, oder warum veranlaßt er nicht diese ihm unterstellten Pastoren gewissenhaft ihren heiligsten Pflichten als Seelsorger nachzukommen?

B. Scheerling, Lehrer.

## Zur Nachahmung empfohlen!

Wie Deutschland höhere Behrangkeiten für die polnische Minderheit schafft.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 16. August 1922 an das Provinzialschulkollegium in Breslau folgenden Erlaß herausgegeben: Nr. III Nr. 1521.

Nach dem in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommen vom 15. Mai 1922 (Reichsgesetzblatt 1922, Teil II, Seite 287) Abschnitt IV Art. 118 sind die Erziehungsbehörden von Ausländerangehörigen Schülern resp. Schülerinnen einer sprachlichen Minderheit berechtigt, Anträge auf Einrichtung von Minderheitsschulen bezw. Klassen oder Minderheitssprach- bezw. Minderheitsreligionsunterricht zu stellen. Demgemäß habe ich dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien in Oppeln ersucht, in den Regierungsamtsblättern eine Bekanntmachung zu erlassen, daß Anträge der vorbezeichneten Art, soweit sie die Einrichtung von öffentlichen höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend betreffen, als zur Einrichtung eines besonderen Provinzialschulkollegiums für die Provinz Oberschlesien an das Provinzialschulkollegium in Breslau zu richten sind. Das Provinzialschulkollegium ersuche ich, solche Anträge entgegenzunehmen und mir bis zum 1. Oktober d. J., sodann jährlich zum 1. Juli zu berichten, welche Anträge der genannten Art für die einzelnen Orte gestellt sind,

# Achtung, deutsche Wähler!

Die Wahlen zum Sejm und Senat stehen vor der Tür. Es gilt, trotz eines für die Minderheiten ungünstigen Wahlrechts,

## Erfolge

zu erzielen. Das können wir, wenn jeder seine Pflicht tut. Durch die Schaffung eines „Minderheitenblocks“ haben unsere Führer und die Führer der anderen nationalen Minderheiten die Möglichkeit gegeben, daß doch eine ziemlich starke Vertretung der Minderheiten in die Parlamente einzieht und dort unsere Interessen vertritt. Der Erfolg ist aber

## nur möglich,

wenn wir die Wahlen gründlich und vorzüglich bis ins letzte Dorf vorbereiten, wenn wir eine erstklassige Leitung der Wahlen in Warschau haben, wenn einer dem anderen hilft. Ein Erfolg ist nur möglich, wenn hier bei uns alle Deutschen, groß und klein, jung und alt, mithelfen, die einen durch ihre Arbeiten, die anderen

## durch Geld.

Wir müssen von jedem Deutschen verlangen, daß er nach seinen Mitteln große Opfer bringt, denn große Summen werden gebraucht. Wer nur wenig besitzt, mag etwas bringen, wer mehr besitzt, muß 10 000de und 100 000de geben. Wir müssen verlangen, daß sich keiner ausschließt. Es kommt auf jeden an. Wer sich aber trotzdem ausschließen sollte, kann nicht darauf rechnen, durch unsere Organisationen oder durch unsere Abgeordneten später irgendwie vertreten zu werden. Es geht um die Wahrung unserer Rechte und die Zukunft unseres Volkstums!

Darum bitten wir: Geh hin und stelle Dich in die Wahlbewegung,

Darum bitten wir: Geh hin, noch heute, und bringe ein größeres Geldopfer,

Darum rufen wir alle auf: Kommt und stellt Euch zum Einsammeln von Spenden für den Wahlfonds zur Verfügung.

Quittungsbücher können im Generalsekretariat des Zentralwahlkomitees (Lodz, Rozwadowska-Straße 17) täglich in Empfang genommen werden.

Zahlstellen sind: Deutsche Genossenschaftsbank — Lodz (Konto „Deutsches Zentralwahlkomitee in Lodz“) und das Generalsekretariat des Zentralwahlkomitees, Zamenhofstraße (Rozwadowska) 17. 4049

## Das Deutsche Zentralwahlkomitee in Lodz.

und ob die in Art. 118 des Genfer Abkommens vorgesehene Mindestzahl von Antragstellern in jedem einzelnen Falle erreicht ist.“

Mit diesem Erlaß hat die preussische Regierung der polnischen Schulbehörde in erfreulicher Weise gezeigt, wie man Minderheitsapostille treibt. Hoffentlich nimmt man sich bei uns diesen Erlaß zum Vorbild. Dann wird es auch bei uns endlich vom Staat unterhaltene deutsche höhere Lehranstalten geben und nicht mehr vorkommen, daß Stadtverordnetenversammlungen sich weigern, den bestehenden deutschen privaten Mittelschulen einen Zuschuß aus städtischen Mitteln zu gewähren.

## Aus Welt und Heimat.

Heimatstag. Der Deutsche Schulverein Bielitz-Biala (Teschener Schlesien) veranstaltet am 16. September in Bielitz ein großes Volksfest, an dem sämtliche deutsche Vereine der Stadt Bielitz und Umgegend teilnehmen werden. Es sind Einladungen an alle deutschen Vereine in der Republik Polen ergangen. Der „Bund der Deutschen Polens“ (Sitz Lodz) wird durch eine zahlreiche Schar von Gästen vertreten sein. Erfreulich ist es, fest-

zustellen, daß mit der Zeit die Volksgenossen, die im Norden und Süden, in Ost und West der Republik Polen wohnen, sich gegenseitig kennen lernen. Hieraus wird für unsere deutsche Sache ein unverkennbarer Segen fließen. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“.

Die deutschen höheren Schulen in Kleinpolen. Ueber den Stand dieser Schulen schreibt das „Evang. Gemeindeblatt“ (Nr. 8, Juli 1922): Lemberg. Es liegt vor uns der Jahresbericht des privaten deutschen Realgymnasiums in Lemberg über das 4. Schuljahr, der uns einen recht befriedigenden Einblick in die Arbeit dieser noch jungen Anstalt gewährt. Das Lemberger Realgymnasium, das aus 4 Knaben- und 4 Mädchenklassen bestand, zählte im vergangenen Schuljahr 461 Schüler und Schülerinnen, 2 Lehrer der ev. Schule, 2 Privatlehrerinnen und 2 Religionslehrer. Außerdem beschäftigte die Anstalt einen Sekretär und einen Buchhalter. Die zwei Aufsätze im Jahresbericht über den Handfertigkeitsunterricht und den Unterricht der polnischen Sprache (polnisch) liefern Beweise, mit welcher Sorgfalt und Genauigkeit an den Kindern gearbeitet und wie gewissenhaft auch der Unterricht des polnischen

Lehrgegenstandes an dieser deutschen Anstalt betrieben wurde. Wenn wir bedenken, welche große Schwierigkeiten heute eine deutsche Privatanstalt zu überwinden hat, so können wir uns über die bisherigen Leistungen des Lemberger Realgymnasiums, welches auch das Öffentlichkeitsrecht erhalten hatte, nur sehr freuen und ihm recht viel Kraft und Gottes Segen zum weiteren Ausbau (es kommen im nächsten Schuljahr noch zwei 5-te Klassen hinzu) und zur Weiterarbeit an unserer Jugend wünschen.

**Stanislaw.** Das deutsche Privatschulwesen der evangelischen Gemeinde in Stanislaw (für Knaben und Mädchen) hat im abgelaufenen Schuljahr 6 Klassen geführt und wird im kommenden Schuljahr die 7. Klasse eröffnen. Den unermüdlichen Bestrebungen des Leiters Professor Schmalenberg, die Anstalt zu einer wirklichen Erziehungs- und Unterrichtsstätte zu machen, ist es durch geschickte finanzielle Operationen geglückt, die Lehrmittelsammlungen einer aufgelösten hiesigen Handelsschule zu erwerben, so daß unser Gymnasium mit einem Schlag in den glücklichen Besitz der so wertvollen Lehrmittel- und Unterrichtsbehelfe gelangt ist. Die Leitung ist stets bemüht, für die einzelnen Lehrfächer auch entsprechend qualifizierte Lehrkräfte anzustellen, und so erfüllt die Schule in jeder Beziehung ihre hohe Aufgabe und erfreut sich in weiten Bevölkerungsschichten unserer Stadt und unseres Landes eines guten Rufes.

Im Juni 1922 wurde die Anstalt vom Vize-Direktor des Lemberger Schulkuratoriums (Landeschulrat) einer Visitation unterzogen, zufolge deren das Ministerium für Kultus und öffentliche Aufklärung der Anstalt vorläufig für die unteren Klassen das Öffentlichkeitsrecht verliehen hat.

**Um die deutschen Privatschulen.** Der Ministerpräsident empfing eine deutsche Delegation, die ihm unsere Wünsche in bezug auf das deutsche Schulwesen unterbreitete. Die Abordnung, die von unserm Abgeordneten, Schulrat Daczko, geführt wurde, bezweckte vor allen Dingen die Aufhebung des Erlasses des Posener Kuratoriums, wonach Schulvereine nicht mehr Träger einer Privatschule sein können, die Leiter höherer Privatschulen die polnische Sprache vollständig beherrschen müssen, reichsdeutsche Lehrer nicht unterrichten dürfen usw. Diese Verfügung, die den offenbaren Zweck hat, das deutsche höhere Schulwesen zu zerschlagen, muß wenigstens so angeordnet werden, bis eine allgemeine grundsätzliche Regelung des ganzen Fraaenkomplexes erfolgt ist. Der Ministerpräsident sagte eine wohlwollende Behandlung der Angelegenheit zu. Eine Vermutung über den Ausgang der Sache kann man noch nicht haben.

#### „Deutsche Nachrichten.“

**Staatliche Darlehen zum Bau von Volksschulen.** Im Amtsblatt des Unterrichtsministeriums wurde eine Verordnung bekanntgegeben, wonach den Gemeinden Darlehen zum Bau oder Umbau von öffentlichen Volksschulen und Wohnhäusern für Lehrer gewährt werden können. Kraft dieser Verordnung werden außer Unterstützungen Darlehen unter folgenden Bedingungen gewährt: a) Sie werden mit 5 Prozent verzinst; b) sie sind binnen 15 Jahren zurückzuzahlen. In besonderen Fällen kann diese Frist bis zu 40 Jahren verlängert werden. Die erste Rate, samt den Zinsen wird im dritten Jahre von der Gemeinde bezahlt. Ueber die Zuerkennung eines Darlehens entscheidet der Kurator des Schulbezirks im Einvernehmen mit den Vertretern des Innen- und Finanzministeriums.

**In der Sillatgemeinde Karolew (Kr. Grojeh)** ist der Wiederaufbau des durch die abziehenden Russen zerstörten evangelischen Kirchleins dem Vollenden nahe. Es fehlt nur noch teilweise an der innern Ausstattung, die aber auch in nächster Zeit erledigt sein wird. Große Opfer kostete die Gemeinde der Wiederaufbau. Waren doch sämt-

liche Mitglieder nach Rußland verbannt und fanden bei der Rückkehr an Stelle blühender Gehöfte nur traurige Trümmerreste. Das Konsistorium in Warschau hat aus den durch die amerikanische evang.-lutherische Freikirche ihm zur Verfügung gestellten Geldern 300 000 Mk. gespendet und 200 000 Mk. leihweise übergeben. Diese Beihilfe deckte nur einen Teil der Ausgaben, die sich auf über 2 Millionen belaufen. Das Anschaffen einer kleinen Glocke soll laut eingezogenen Erkundigungen bei der Firma John in Lodz ungefähr 400 000 Mk. betragen, eine Last, die die so schwer heimgesuchte Gemeinde auf keinen Fall wird aufbringen können. Schweren Herzens wird man sich noch eine geraume Zeit ohne den lieblichen altgewohnten Glockenklang begnügen müssen. Wäre es da nicht vielleicht angebracht, in Anbetracht der schweren Prüfungen, die die Karolewer Glaubens- und Volksgenossen haben durchmachen müssen, wenn Evangelische, die Gott vor Verbannung und Vernichtung während des Weltkrieges gnädiglich geschützt hat, ihre milde Hand aufstun möchten und wenn auch keine so große, jedoch von jedweden Gemeindeglied gebrachte Spende zur Anschaffung einer kleinen Glocke opfern könnten? Es gilt einer guten Sache. Die armen Leute sind dieses Zeichens der Anhänglichkeit seitens ihrer Glaubensgenossen wert. Ewige Spenden bitte an die Geschäftsstelle des „Volksfreundes“, Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86, zu richten. Gottes Segen ruhe auf den Gaben der Spender!

Albert Breger, Zgierz.

**Aus dem Heeresdienst** sollte Ende November der Jahrgang 1900 entlassen werden. Im Laufe dieses Jahres kamen frei: im März der Jahrgang 1898, im Juli — der Jahrgang 1899, mit Ausnahme nur derjenigen, die keine volle zwei Jahre Dienst hinter sich hatten.

**Waffenbesitz für Böte und Schulzen.** Mit Rücksicht auf die entstandenen Zweifel über die Erteilung von Waffenbesitz an die Gemeindevorstände und Schulzen, erließ der Minister des Innern ein Rundschreiben, worin er erklärt, daß solche Scheine den Gemeindevorständen und Schulzen unentgeltlich ausgestellt werden sollen. Die Verwaltungsbehörden 1. Instanz sollen Anträge dieser Art ganz individuell behandeln und die Waffenbescheine nur denjenigen Gemeindevorständen und Schulzen ausstellen, die bei der Ausübung ihres Amtes eine Waffe benötigen.

**Der Minderheitsblock,** dessen Hauptstütze sich in Warschau befindet, eröffnete eine Auskunftsstelle in Warschau auf der Senatorskastraße Nr. 32. Die Volkversammlung zwecks Verteilung der einzelnen Plätze auf der Wahlliste soll in Warschau am 7. September stattfinden. Allgemein herrscht gegenwärtig ein reges Leben in den einzelnen politischen Parteien, handelt es sich doch um das Allerwichtigste: die Sejmwahlen. Die „Deutsche Volkspartei“, deren Neubelebung wir zu Ostern dieses Jahres freudig begrüßten, hat auch schon Schritte zu einer gerechten Vertretung der Interessen unserer deutschen Landbevölkerung unternommen.

**Die Ernte in Deutschland.** Im Laufe des Monats Juli war das Wetter recht unbeständig. Der Regen kam für die Getreidefrüchte meist ungelegen, hiergegen bereiten sich die Hackfrüchte und die Futtergräser. Im allgemeinen ist die Ernte ziemlich verspätet. Der Roggen hat eine mittelmäßige Ernte gegeben, der Weizen unter mittel. Die Kartoffeln stehen gut und ist ein reichlicher Ertrag zu erhoffen. Besorgnis erregt der viele Regen.

**In Kanada** ist die diesjährige Ernte sehr gut ausgefallen. Man hat 20 Millionen Bushel an Getreide mehr gerechnet als im Vorjahr.

**Sandwirtschaftliche Ausstellungen.** Die Sandwirtschaftliche Gesellschaft des Lodzer Bezirks plant, im Monat Oktober in Senblow, Kreis

Grzeszyn, eine Ausstellung von sandwirtschaftlichen Ausstellungen von Vieh und Viehdüngen zu veranstalten. Der Lodzer landwirtschaftliche Syndikat hat zum Ankauf von Preisen für die Umfänge 11, Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Grundbesitzer sollen Anerkennungsschreiben erhalten.

**Der Verkauf der Bialowieszer Urwälder** ist noch zu keinem Abschluß gekommen. Die polnische Regierung will auf eigene Rechnung die Hölzung vornehmen. Das Holz soll auf dem Wasserwege (Narew-Weichsel) nach Danzig gebracht werden, teils aber auch mittels der Eisenbahn. Auf den zur Zeit des Krieges von den Deutschen erbauten fünf Sägemühlen beabsichtigt man große Mengen Holz zu verarbeiten. In letzter Zeit verursacht der Borkenkäfer großen Schaden in den Wäldern.

**In Oberschlesien** ist allgemein ein großer Mangel an Eisenbahnwagen verspürbar. So fehlten im Laufe des Monats Juni allein etwa 9000 Waggons. Im deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens wurden letztes 8 neue Kohlengruben eröffnet. Man will dadurch die Förderung der eigenen Kohle so weit bringen, daß man gänzlich sich von der Abhängigkeit der polnisch gewordenen ober-schlesischen Gruben befreien kann. Hierdurch wäre Polen genötigt, den Überfluß seiner Kohle nicht wie bis jetzt nach Deutschland, sondern in erster Reihe nach dem Inland, dann nach Rumänien und Ungarn zu versenden.

**Ein Handelsabkommen** zwischen Polen und der Schweiz wurde am 26. Juni 1922 abgeschlossen und nachträglich am 5. August von beiden Regierungen bestätigt.

**Nach Japan** sollen demnächst größere Portien Tuche abgehen. Eine japanische Abordnung hat in Ballystock größere Mengen von Waren für Japan eingekauft.

**Der Wiederaufbau** der durch den Krieg zerstörten Ortschaften schreitet langsam vorwärts. Nach genauen Berechnungen wurden auf dem Gebiet der Republik Polen 1 600 000 Gebäude vernichtet, von denen ungefähr 680 000 neu aufgeführt wurden. Zu diesem Zwecke hat die Staatskasse leihweise 6700 Millionen Mark verausgabt. In diesem Jahre wurden kaum 80 000 Neubauten aufgeführt. Die große Teuerung der Baumaterialien und der Arbeitskräfte macht es so manchem Menschen unmöglich, sich ein neues Haus zu bauen. Wollte man sämtliche niedergebrannte Häuser aufbauen, so hätte man hierzu nach dem heutigen Stand der Mark 1200 Milliarden polnische Mark nötig.

**Die Türken** hatten im Weltkriege bei 3 Millionen Soldaten unterm Gewehr. Davon sind auf dem Schlachtfeld 50 000 gefallen; in Hospitälern sind infolge davongetragener Verwundungen 35 000 gestorben; an Invaliden zählt man etwa 400 000 Mann. Der Friedensvertrag hat dem türkischen Reich vier Fünftel seines Gebietes genommen. Die gegenwärtigen Schulden der Türkei betragen 500 Millionen türkische Pfund.

**Die Einwanderung der Juden nach Amerika** ist recht rege. Laut den letzten Meldungen sind im Laufe dieses Jahres etwa 44 000 Juden nach Nordamerika eingewandert, ausgewandert dagegen nur 607 Personen.

**Lemberger Mädchenhändler am Werk?** Wie die „Rzeczp.“ meldet, sind hier in letzter Zeit eine ganze Reihe junger Mädchen spurlos verschwunden. Kürzlich sind wieder zwei junge neunzehnjährige, namens Pikielka und Powch, von einem Ausgänger nicht mehr zurückgekehrt. In der Bevölkerung herrscht über diese Vorkommnisse beträchtliche Erregung, die Behörden haben Nachforschungen begonnen, um Klarheit in die Sache zu bringen. Es handelt sich anscheinend um eine organisierte Mädchenhändlerbande.

**Posen.** Ein Schwein oder ein Ritzergut. Auf dem Viehmarkt wurde ein Bracht-

## Wochenschau.

**Polen.** Das innerpolitische Leben steht bei uns gegenwärtig im Zeichen der Neuwahlen. Der Sejm tagt nicht und die Parteiführer haben alle Hände voll zu tun, Woblaaschüsse zu bilden, Geldmittel aufzutreiben und passende Leute für die künftigen Sejm- und Senatsstellen ausfindig zu machen. Auch die Deutschen Polens rühren sich. Es sind die zwei Hochburgen des Deutschturns Bromberg und Lodz, in welchen hauptsächlich gearbeitet wird. Dort befinden sich die bekanntesten Deutschturnsführer Polens, die verbreitetsten deutschen Zeitungen, die populärsten Deutschturnsbände und Parteiorganisationen. Bromberg bedient die ehemalige preussische Gebiete, Posen und Pommerellen mit Soldau, und Lodz das ehemalige russische Teilgebiet. Schlesien mit Bielsk und Kattowitz als Mittelpunkt bildet ein ganz eigenartiges Gebiet für sich und das dortige Deutschturn, in kleinere Parteien zerstückelt, muß sich erst in die polnischen Verhältnisse allmählich hineingelebt haben, um mit Lodz und mit Bromberg in allen politischen Sachen in Reih und Glied marschieren zu können.

Die Deutschen Galiziens, sehr arm an Zahl, aber dafür durch ihren tüchtigen Führer (Redakteur Heinz Hedel) stramm organisiert, befinden sich schon längst in engster Fühlung mit Lodz. Dagegen sind die deutschen Sozialisten des schlesischen Kohlenbeckens viel weniger für das Zusammengehen mit den 2/4 Millionen ihrer deutschen Brüder zwecks Erreichung wirklicher Gleichberechtigung für die Deutschen Polens als für den Anschluß an die polnische Sozialistenpartei. Ihre Führer — Dr. Drobner und Komoll — leiten somit bis 100 000 unserer deutschen Brüder ganz offensichtlich auf Irrwege. Die Führer der deutschen Arbeiterschaft im ganzen übrigen Polen (stud. Kronig Lodz, Arbeiter Knobelsdorf-Graudenz u. a.) haben bedeutend mehr politische Reife als ihre schlesischen Parteigenossen bewiesen, indem sie mit den Führern der völkischen deutschen Organisationen (Dr. v. Behrens-Lodz), Landrat a. D. Naumann-Byten, Oberst a. D. Graebe-Bromberg, Rath. Domherr Klink, ev. Superintendent Noode) gemeinsame Sache machen. Wir müssen einheitlich vorgehen, um etwas zu bedeuten. Zerstückeln wir uns — so sind wir verloren.

Geleitet durch diesen Gedanken bildeten die vereinigten Organisationen des Deutschturns auf Vorschlag von Dr. v. Behrens gerade für die Wahlzeit eine geschlossene Kampflinie. Genau in derselben Art, wie es die deutsche Volksminderheit in Polen getan hat, haben auch die Juden mit ihren unzähligen Parteien und auch die ruthenischen Wlakerchaften (die Russen, die Ukrainer, Slowaken und die Wehrlosen Nordosten) sich zu zwei mächtigen Minderheitsverbänden zusammengeschlossen, um dann mit der deutschen Minderheit — mit Herrn Landrat Naumann an der Spitze — einen sogenannten „Minderheitenblock“ zu bilden.

Es werden also fast alle Bürger Polens, welche nicht polnischer Abstammung sind und doch weit über 1/2 der gesamten Bevölkerungszahl des polnischen Staates ausmachen, auf eine und dieselbe Liste ihre Wahlkandidaten setzen, um sich bei den Wahlen gegenseitig zu unterstützen. Es wird keine besonders deutsche, jüdische, russische oder ukrainische Wahlliste geben, sondern nur eine gemeinsame deutsch-jüdisch-russisch-ukrainisch-wehrlos-ruthenische Partei, welche sich der „Minderheitenblock“ nennt, wird ihre ausgewählten Männer auf ein und dieselbe Kandidatenliste aufsetzen. So wird es kommen, daß wir deutschen Männer und Frauen in irgendeiner Bonza, Radow oder Wil-

law Wahlzelle unsere Stimmen für jüdische Kandidaten und in Grodno oder in Wolhynien für Russen und Ukrainer abgeben. Kein deutscher Name wird ihnen in solchen Bezirken vorleuchten, und doch werden wir unbedingt für diese stammesfremden Kandidaten vollständig stimmen, agitieren und sie nach Kräften unterstützen müssen. Dafür bekommen wir Deutsche zum Ausgleich alle Stimmen der jüdischen Bevölkerung in solchen Wahlbezirken, wo die Deutschen allein nicht imstande sind, ihre Kandidaten durchzubringen (Bock, Bloslawek, Konin, Kalsch, Benozin).

Das Zentralwahlkomitee in Warschau, welches aus 3 Deutschen, 3 Juden und 3 Ruthenen besteht, wird nach bestem Gewissen zum gemeinsamen Wohle aller Minderheiten den Kampf leiten und die Beute verteilen.

Selbstverständlich wird sich das Warschauer Hauptkomitee damit begnügen müssen, die 15 bis 20 Sejm Kandidaten und 4—6 Senatskandidaten, welche auf den Teil der deutschen Minderheit entfallen werden und von der deutschen Wahlausschüssen Lodz und Bromberg so ziemlich zu gleichen Teilen aufgestellt werden, so unter die einzelnen Wahlbezirke, welche den Deutschen vom Block angewiesen worden sind, zu verteilen, daß die tüchtigsten Vorläufer des Deutschturns als erste Kandidaten, und zwar nur in den allerersten Bezirken aufgestellt werden (Lodz, Lodz-Land, Bromberg, Helegau) keinesfalls aber in den sogenannten zweifelhaften oder gar hoffnungslosen Bezirken und noch dazu auf 2. und 3. Stelle.

Was die Namen der Kandidaten betrifft, so wurden meist die Namen der oben erwähnten Herren herangezogen, wie auch einige andere, wie z. B. Otto Semchor (bekannt durch seinen Kampf gegen den „evangelischen Pops“ Kongresspolens), der Lodzer Stadtorbneite Lehrer August Ulla (ebenfalls ein glänzender Redner in polnischer Sprache, geübter und tüchtiger Parlamentarier) und Pastor Dietrich (ein höchst beachteter Stettorger und glänzender Redner in polnischer Sprache). In Wolhynien scheint Ingenieur von Jahr, Vorsitzender der dortigen Disziplin des D. D. P., als sicherer Kandidat in Betracht zu kommen, da er nicht nur über die nötige Bildung, sondern auch über Kenntnis der beiden Landessprachen verfügt.

Die beiden Versammlungen (Legislatorenversammlung des Zentralverbandes in Warschau am 7. September, die große Wahlversammlung in Lodz am 8. September) und die vom Lodzer deutschen Hauptwahlkomitee (Generalsekretär Kronig) geleitete schriftliche Umfrage wird darin maßgebend sein.

Diese Umfrage ist von der größten Wichtigkeit. Alle deutschgekauften Posten, Volksschullehrer, evangelische Synagogen, Redaktoren der Zeitungen, alle Sejmabgeordnete und Stadtorbneite, — also über 200 führende deutsche Männer werden gebeten bis zum 15. September spätestens durch eingeschriebene Briefe um bis zwei Listen von Namen derjenigen Männer oder Frauen dem deutschen Zentralwahlkomitee für russisch-Polen (Lodz, ul. Rozwadowska — Zamenkofska Nr. 17, Niemieckie Buro) einzusenden, welche sie am liebsten als Sejmabgeordnete oder als Senatoren sehen wollen.

**Russland:** In Russland dauert der trostlose Zustand, welchen die roten Tyrannen von Moskau geschaffen haben, fort. Die Cholera und sogar die Pest ist von dort auch in die Grenzen Polens schon eingebrungen und wir benützen die Gelegenheit, unsere Kantonsleute darauf aufmerksam zu machen, daß höchste Vorsicht abzurufen ist hinsichtlich und des Gerüchtes von einem Wahn, in reinem Obje und Genuß im Lichte.

schwein verkauft, das ein Gewicht von 620 Pfd. hatte. Der Zentner Lebendgewicht kostete 83 000 Mark. Das Schwein brachte es mithin zu einem Preis von über einer halben Million Mark, genau 514 600 M., d. h. soviel, wie man in Friedenszeiten für ein Rittergut von 3000 Morgen zahlte!

**Frediger Ueberfall.** In der Umgegend von Grojec, im Dorfe Nossy, verübte unlängst eine Banditenschar einen ungemein dreisten Ueberfall. In der Dämmerkunde bemerkte ein Bewohner des unweit von Nossy gelegenen Dorfes Wólka, wie eine Anzahl verdächtiger Männer in südlicher Richtung vorbeisich. Sofort machte er sich auf und rief in dem sich bereits zu Ruhe begebenden Dorfe die Menschen wach. Man bewaffnete sich auf dörfliche Art mit Äxten, Heugabeln, Dreschlegeln und spürte den Räubern nach. Als die bewaffnete Schar sich dem Dorfe Nossy näherte, vernahm sie von weitem anhaltende Hilferufe. Als sie näher kamen, wurden sie von einigen Schüssen und deren flüchten empfangen. Da von den Dorfbewohnern niemand im Besitz einer Feuerwaffe war, wagte sich keiner näher zu treten. Untätig sahen sie dem wüsten Treiben der Banditen zu, die nach verübter Tat (dem betreffenden Landmann wurde sämtliches Geld, Wertgegenstände, Kleider geraubt) im Dunkel der Nacht verschwanden. Die Menschen sind nun der Willkür der Räuber völlig preisgegeben. Im Umkreis von 10 Kmtr. befindet sich kein Polizeiposten.

In Lodz hat unlängst ein jüdischer Kaufmann namens S. Feinberg eine Warenunterschlagung von einer halben Milliarde polnischer Mark begangen. Er versandte die auf Borg genommenen Waren nach verschiedenen Städten Polens. Als die Zeit des Zahlens herankam, war Feinberg verschwunden. Eifrige Nachforschungen haben einen Teil der Ware bei verschiedenen Kaufleuten gefunden. Die größte Hälfte der Waren und Feinberg selbst sind spurlos verschwunden.

**Paßwang für Pferde und Rindvieh.** Wie der „Przeglad Wiecz.“ erzählt, besteht in Polen die Absicht, für Pferde und Rindvieh den Paßwang durchzuführen. Auf Antrag der Kommission für sanitische Gesundheitspflege soll diese Maßnahme zuerst in Warschau in die Praxis umgesetzt werden. Nähere Einzelheiten über die Art der Paße stehen noch aus, viehbezügliche Beratungen werden im Landwirtschaftsministerium und in den sonstigen in Frage kommenden Stellen gepflogen.

Auf der Warschauer Getreidebörse stehen die Preise immer noch hoch, wiewohl in letzter Zeit das sonnigwarme Wetter recht vorteilhaft auf sämtliche Hackfrüchte eingewirkt hat; so zahlte man am 1. September für einen metrischen Zentner (244 Pf.) Roggen — 18 600, Gerste — 18 650, Hafer — 22 000, Leinkuchen — 22 500, Weizenkleie — 11 200, Roggenriebe — 11 800 Mk.

**Millionwka.** Bei der Ziehung am Sonnabend, den 2. September, fiel der Gewinn auf Nr. 2806230, die in Warschau verkauft wurde.

Die ausländischen Geldwährungen stehen immer noch sehr hoch, die Spannung hat sich nicht gelöst; so zahlte man am:

	28. 8.	31. 8.	2. 9.
1 Dollar	8840 Mk.	8650 Mk.	8475 Mk.
1 Pfd. Sterling	40000	38500	38500
1 franz. Franc	678	674	649
1 deutsche Mark	5	5	6 1/2

Was noch besonders auffällt: steigen die amerikanischen und englischen Gelder, so fällt diesmal die deutsche und polnische Mark und umgekehrt. Wir sehen daraus, wie eng die deutsche und polnische Mark verbunden sind.

In Genua soll auf der Völkerverbundung die Angelegenheit der deutschen Minderheit in Polen zur Sprache kommen. Wollen wir das Beste hoffen!

**Deutschland:** Die feierlichen Großmächte, insbesondere Frankreich, bestehen darauf, daß ihnen das deutsche Volk die schwindelhaft großen Unsummen der Kriegsschuldigung voll auszahle. Es scheint von ihnen fest beschlossen zu sein, das unglückliche deutsche Volk vollständig zu ruinieren und in den Abgrund der Verzweiflung zu stoßen. Die deutsche Mark fällt tagtäglich in ihrem Werte im Laufe der letzten Tage in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise, die Lebensprodukte fliegen im Preise im Laufe der letzten Woche um das Doppelte. Die hungernden Volksmassen geben immer mehr Gehör eigensüchtigen Aufwiegler, welche im Namen des Proletariats alles kopfüber stellen werden, um auch in Deutschland ähnliche Zustände herbeizuführen, wie sie im sterbenden Rußland seit 4 Jahren bestanden. Die gebildeteren Kreise der deutschen Gesellschaft neigen zum entgegengekehrten Verzweiflungsmittel: man plant die Wiederherstellung des Kaisertums. Wer weiß, ob wir nicht in den nächsten Tagen schon Zeugen von Blutvergießen auf deutschem Boden sein werden.

**Frankreich:** Frankreich würde ja dieses Unglück nur mit Schadenfreude ausbeuten. Es macht seine zahlreiche Armee bereit, neue deutsche Gebiete auch diesseits des Rheins zu besetzen, denn es weiß, daß die Engländer und die Amerikaner sie in diesem Vorhaben ernstlich nicht stören können. Sondern auch in Frankreich protestiert das kriegsmüde Volk immer lauter gegen die unmenschliche Politik der Herren Poincaré, Clemenceau und anderer Deutschenhasser. Auch dort hat die steigende Teuerung soweit geführt, daß es vor

5 Tagen zu einem allgemeinen Streik im Lande kam. In der Hafenstadt Havre kam es zu einer regelrechten Straßen Schlacht zwischen Regierungstruppen und der hungernden Arbeiterschaft. Etliche Hunderte von Toten und Verwundeten blieben am Platze.

**Oesterreich:** Oesterreich scheint doch am schlechtesten unter allen europäischen Staaten sich zu fühlen. Es ist so weit gekommen, daß das österreichische Papiergeld schon überhaupt von niemandem mehr angenommen wird. Die Regierung hat keine Möglichkeit Beamte, Polizei, Richter und Soldaten weiter zu unterhalten, und so kam es, daß die Nachbarstaaten Italien, Südslawen und Tschechoslowakei gebeten werden, die Länder um Wien herum in ihre Verwaltung zu nehmen.

**Tschechoslowakei.** In der Tschechoslowakei in Prag kamen im Laufe der vorigen Woche die Vertreter der genannten Staaten zusammen, um sich hauptsächlich über diese Frage zu beraten. Polen, Rumänien, Südslawen und die Tschechoslowakei bilden bekanntlich einen losen Bund, der sich selber „die Kleine Entente“ nennt. Alle diese Staaten haben einen riesenhaften Prozentsatz von Bürgern zu verzeichnen, welche nicht zur „herrschenden“ Völkerschaft gehören. Die sogenannte Minderheitenfrage bildet daher bei ihnen die überaus wichtigste Frage der inneren Staatspolitik und die Regierungen dieser Staaten fühlen sich gleichmäßig durch unhaltbaren Zustand der Dinge, die sie übrigens meist selber verschuldet haben, sehr beunruhigt. Die Prager Konferenz soll nun auch in dieser Hinsicht die Richtlinien für das ein-

heitliche Vorgehen den völkischen Minderheiten gegenüber in allen diesen Staaten festlegen. Soll gebe nur, daß etwas Vernünftiges in dieser Hinsicht unternommen werde, nicht aber eine weitere Kürzung unserer Bürgerrechte.

**Vom Verlage.**

Unseren Lesern bringen wir wiederum eine unangenehme Ueberraschung. Ab 1. Oktober soll der Bezugspreis unserer Wochenschrift vierteljährlich auf 1000 Mark festgesetzt werden. „Eine gewaltige Menge Papiergeld“, wird so mancher sagen. Es hat viel Rechnen und Umrechnen gekostet, bis wir uns zu diesem Entschluß durchgerungen haben. Geht man heute auf den Markt oder in den ersten besten Laden, was kauft man da für tausend Mark? Letzte Zeit sind Papier, Druckerschwärze, Postgebühren und besonders Arbeiterlöhne furchtbar gestiegen. Beim besten Willen ist es uns nicht möglich, den Preis niedriger zu setzen, beabsichtigen wir doch weiterhin den „Volksfreund“ im Umfange von acht Seiten erscheinen zu lassen. Wir hoffen, daß unsere lieben Leser unsere Notlage verstehen und die alte Treue uns auch in Zukunft bewahren werden.

Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H., Petrikauer Straße 86. Leiter: Dr. E. von Behrens.

**Gesucht wird für die freie Lehrerstelle in Katarzynow ein ev. Lehrer.**

Zu melden beim Inspektor zu Brzeziny oder beim Vorstand. Die Schule ist 1 1/2 km von der Bahnstation Kozuski entfernt. 2 Morgen Land dazu.

**Landwirtschaftliche Maschinen**

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rotwerke, Kultivatoren, Saateggen, Pflüg, Puhmühlen, aut. Pferderechen, Kartoffeldämpfer, Rübenschneider, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Jaucheverteiler usw.

**Manufaktur-Waren**

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren. Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Poleski Aktiengesellschaft Lodz, Alje Kosciuszki 45/47. 21

**Dachpappen**

Teer, Klebmasse, Antisepticum, Linnen Asphalt, Dachleisten, Pappnägel, Gartentriebe liefert die

Dachpappen- und Asphaltfabrik Cinke, Ewald & Co., Lodz, Wysoka Nr. 9

**Spargelder**

verzinsen wir bei täglicher Kündigung mit 6%, 6wöchentl. 10%, 1monatlich 12%.

Deutsche Genossenschaftsbank in Poleski Lodz, Alje Kosciuszki 45/47. 21

**Eine starke Teuerung**

setzt wieder ein. Wir haben im günstigsten Zeitpunkt Winter-Waren eingekauft und sind in der Lage, am billigsten zu verkaufen

**Sommer-**

<b>Damen-Mäntel</b> 165 145 12500	<b>Herren-Ulster</b> 32—28000
aus Kowerkot 36 34 32600	<b>Mädchen-Kleidchen</b>
<b>Kleider aus:</b>	aus Etamin 55 45 3500
Kreton 55 4500	<b>Etamin-Blusen</b> 55 45 3500
Etamin 125 95 7500	<b>Damen-Röcke</b>
Cheviot 75 5800	aus Cheviot 38 3500
Garbardin 22000	<b>Knaben-Anzüge</b>
Seidentrikot 24—22000	in großer Auswahl billig
Seide 38000	<b>Paletots für Knaben und Mädchen</b>

**Herbst-Neuheiten!**

<b>Herren-Ulster</b>	<b>Damen-Mäntel</b> aus Velour und
aus modernem Stoff 48000 38000	engl. Stoffen 38—32—28000

**Stoffe** für Anzüge, Paletots, Ulster, Kostüme Kleider, Blusen in allen Preislagen.

<b>Sacco-Anzüge</b> aus:	<b>Hosen</b> aus:
Streichgarn 28.—	Streichgarn 95 8500
reiner Wolle 42.—38.—	Kammgarn 14500
Kammgarn 55.—52.—	

**Schmedhel & Rosner, Lodz**

Petrikauer 100. Silliale 160.

Je länger Sie mit dem Einkauf warten, um so teurer müssen Sie einkaufen.

verbreitet die „Lodzer Freie Presse“ Sie allein vertritt die Interessen der Deutschen Polens.